



Neue Publikationsreihe: FIW Policy Briefs

Das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW), das im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) im Rahmen der Internationalisierungsoffensive von drei Instituten (WIFO, wiiw, WSR) betrieben wird und Zugang zu internationalen Außenwirtschafts-Datenbanken, eine Forschungsplattform und Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen bietet, startet mit den "Policy Briefs" eine neue Publikationsreihe. In den Policy Briefs werden nunmehr Experten und Expertinnen regelmäßig zu aktuellen außenwirtschaftlichen Themen mit Politikrelevanz Stellung nehmen. Dabei wird insbesondere auf die spezifische Situation Österreichs eingegangen.

Der FIW Policy Brief Nr. 1 ist soeben unter folgendem Titel erschienen:

Verstärkt die "Große Rezession" das Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit in der EU?

Gerade zum 10-Jahresjubiläum hatte die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) angesichts der "Großen Rezession" 2009 ihre Feuerprobe zu bestehen. Im Großen und Ganzen ist ihr das auch gut gelungen. Die Einführung des Euro hat aber die latenten Wettbewerbsschwächen einiger Mitgliedstaaten des Euro-Raumes – der bisher größtenteils aus alten EU-Mitgliedstaaten besteht – offen gelegt. Kurz nach den EU-Erweiterungen 2004 und 2007 haben Malta, die Slowakei, Slowenien und Zypern den Euro eingeführt. Von den 27 Mitgliedstaaten der EU sind bereits 16 im Euro-Raum. In naher Zukunft ist mit einer Vergrößerung des Euro-Raumes zu rechnen. Das anhaltende Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den neuen und den alten EU-Mitgliedstaaten könnte sich zu einem erheblichen Problem für die Gestaltung einer einheitlichen Geldpolitik im erweiterten Euro-Raum entwickeln.

Hier wird speziell die Problematik der unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der erweiterten Union, gemessen an den relativen Arbeitskosten beleuchtet und Schlussfolgerungen angesichts der gegenwärtigen "Großen Rezession" gezogen.

Die Einführung des Euro entzog Ländern, die zuvor gerne ihre Wettbewerbsschwäche durch rasche Abwertungen ihrer Währungen kompensierten, diese Option. Diese Unsinnigkeit hat das ganze Binnenmarktprojekt gefährdet und führte zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Einführung des Euro. Die zuvor als "Hartwährungsländer" apostrophierten

Länder um den DM-Block spielen seit 1999 tatsächlich ihre Wettbewerbsfähigkeit voll aus. Das gilt insbesondere für Deutschland und Österreich, deren Lohnstückkosten relativ zur Entwicklung in den Partnerländern des Euro-Raumes-16 (dieser Indikator wird als realer effektiver Wechselkurs bezeichnet) in den letzten 10 Jahren kumuliert um fast 16% bzw. um fast 7% sanken.

Dagegen sind die Lohnstückkosten in den letzten 10 Jahren in den früher als "Weichwährungsändern" bezeichneten Ländern in der Regel gestiegen und haben somit deren Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Dies gilt insbesondere für Italien, Portugal und Spanien, deren realer effektiver Wechselkurs (die relativen Lohnstückkosten) kumuliert um 12%, 11% bzw. 12% gestiegen sind. Überraschend ist der Anstieg in den Niederlanden um 9%, weniger überraschend die Wettbewerbsverschlechterung in Irland um fast 17%.

Belgien-Luxemburg, Finnland sowie Frankreich konnten ihre Wettbewerbsfähigkeit seit 1999 in etwa stabilisieren. Von den vier neuen Mitgliedern des Euro-Raumes seit der EU-Erweiterung 2004 haben sich Malta und Slowenien mit einem kumulierten Anstieg der Lohnstückkosten in der letzten Dekade von jeweils rund 4% gut gehalten. Zypern wertete real um rund 10% ab, die Slowakei hat ihre Wettbewerbsfähigkeit seit 1999 um kumuliert über 60% verschlechtert.

Die Länder, die noch nicht dem Euro-Raum angehören, entwickelten sich sehr unterschiedlich. Von den drei Euro-outs der alten EU haben Großbritannien (-9%) und Schweden (-7%) seit 1999 ihre Wettbewerbsposition eindeutig verbessert, Dänemark seine aber stark verschlechtert (+10%).

Die große Problematik des Auseinanderdriftens der Wettbewerbsfähigkeit spielt sich in den neuen EU-Mitgliedstaaten ab, die noch nicht Mitglieder des Euro-Raumes sind. Alle diese Staaten haben seit 1999 massiv real aufgewertet und haben damit ihre Wettbewerbsfähigkeit dramatisch verschlechtert.

Am geringsten war der kumulierte Aufwertungseffekt seit 1999 in Polen (rund +11%). Extrem stark haben real aufgewertet: Rumänien (+82%), Lettland (+79%), Tschechien (+71%), Estland (+68%), etwas weniger Litauen (+55) und Ungarn (+51%). Bulgarien (+25%) wertete bis 2005 real ab und seit 2006 stark auf.

Am Ende ihres 10-jährigen Bestehens hat die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ihre Feuertaufe bestanden. Trotz der komplizierten, asymmetrischen wirtschaftspolitischen Architektur der WWU haben die Institutionen während der internationalen Finanzkrise gut und rasch zusammengearbeitet und versucht, durch ein möglichst koordiniertes Vorgehen den Schaden für den Finanzsektor und die Konjunktur abzufedern. Insbesondere die zentral von der EZB gestaltete Geldpolitik hat vorbildlich gehandelt, die Zinsen rasch gesenkt und dem Bankensektor in Europa genügend Liquidität zur Verfügung gestellt.

Für manche Länder außerhalb des Euro-Raums hat die gemeinsame Währung in der Krise an Attraktivität gewonnen. Island stellte nicht zuletzt wegen der offensichtlichen Schutzschildfunktion des Euros im Juli 2009 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU.

Das anhaltende Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den neuen und den alten EU-Mitgliedstaaten könnte sich zu einem erheblichen Problem für den Zusammenhalt und die Adäquanz einer einheitlichen Geldpolitik im erweiterten Euro-Raum entwickeln.

Die Analyse dieser Problematik zeigt, dass der Hauptgrund für das Auseinanderklaffen der kostenmäßigen Wettbewerbsfähigkeit (gemessen an den relativen Arbeitskosten) die Heterogenität der erweiterten Union mit 27 Mitgliedstaaten ist. Solange die neuen Mitgliedstaaten ihren Einkommensrückstand zu den alten nicht annähernd aufgeholt haben – und das kann noch lange dauern – wird der Intra-EU-Handel auch im einheitlichen Binnenmarkt noch maßgeblich durch die Unterschiede in den Produktionskosten bestimmt werden. Die gegenwärtige "Große Rezession", die sich ihrem Ende zuneigt, wird diese Problematik eher noch verschärfen, weil sie den notwendigen Aufholprozess der neuen EU-Mitgliedstaaten weiter verzögert.

Wien, am 23. September 2009.

Rückfragen bitte an Univ.-Prof. Dr. Fritz Breuss, Tel. (01) 31336/4138, Fritz.Breuss@wifo.ac.at.

Weitere Informationen sowie der gesamte FIW Policy Brief Nr. 1, September 2009 können kostenlos von der FIW-Homepage heruntergeladen werden:

<http://www.fiw.ac.at/index.php?id=462>.